

Interview. WU-Professor Werner Hoffmann wünscht sich, dass es in Österreich wieder häufiger möglich ist, „über Leistung und persönlichen Erfolg zu mehr Einkommen und zu einem besseren Leben zu kommen“.

VON GERHARD HOFER

Die Presse: Die Schuld an der Insolvenz des Möbelhändlers Kika/Leiner scheint in der öffentlichen Debatte klar zu sein. Sie leiten das Institut für strategisches Management an der WU Wien. Wie stellt sich die Sache aus Ihrem Blickwinkel dar?

Werner Hoffmann: Ich verfüge über kein spezifisches Wissen zum konkreten Fall. Generell befindet sich der Handel seit Jahren in einem enormen Umbruch. Stichwort Digitalisierung. Allerdings bin ich persönlich der festen Überzeugung, dass der stationäre Handel, gerade auch der Möbelhandel, eine Zukunft hat. Aber natürlich muss er sich anpassen. Natürlich braucht er einen leistungsfähigen digitalen Kanal.

Weil sich Kunden vorab im Internet informieren.

Klar. Aber dann am Ende doch mit einem Einrichtungsberater sprechen wollen. Die Kunden wollen also, wie es so schön heißt, ein 360-Grad-Rundum-Service. Deshalb glaube ich nicht an den Untergang des stationären Handels. Gerade bei hochwertigen, langlebigen Konsumgütern wie Möbel oder etwa Autos wird es neben einem leistungsfähigen Online-Kanal weiterhin ein Einkaufserlebnis – am besten in einem Flagship-Store – samt Beratung geben.

Aber die Betonung liegt auf dem Erlebnis?

Ja, pointiert formuliert: Früher sind die Leute am Sonntag in die Kirche gegangen, heute gehen sie shoppen – zumindest außerhalb Österreichs, wo das möglich ist.

Und die Erlösung gibt es per Kreditkarte.

Ja, früher war's der Ablasshandel.

Aber immer weniger können sich diese Erlösung in Anbetracht der jüngsten Teuerung leisten.

Wir sind in einer Welt sozialisiert, in der wir Ungleichheit als etwas Negatives sehen. Und wenn man von Nachhaltigkeit spricht, dann muss man auch von Chancengerechtigkeit sprechen. Ich lebe gern in einer Gesellschaft, an der alle teilhaben können. Natürlich muss man nach Leistungsfähigkeit und Bereitschaft differenzieren, natürlich spielen Glück und Erfolg eine Rolle. Aber alle sollten ihr Auskommen haben.

„Die Arbeit ist wichtig für ein sinnerfülltes Leben“



„Für immer mehr Menschen wird es schwer, den gesellschaftlichen Aufstieg zu schaffen“, sagt Werner Hoffmann. [Clemens Fabry]

Ist das heute nicht mehr der Fall – war es überhaupt jemals der Fall?

Intuitiv würde ich sagen: Wir haben weniger das Problem, dass immer mehr Menschen in bittere Armut abrutschen. Die sozialen Sicherungssysteme in Österreich verhindern das Gott sei Dank. Ich will keine Zustände wie in San Francisco, wo in den schönsten Gegenden Hundertschaften von Bettlern und Obdachlosen sind. In Österreich haben wir allerdings ein anderes Problem: Es muss wieder möglich sein, über Leistung und persönlichen Erfolg zu mehr Einkommen und zu einem besseren Leben zu kommen.

Mit anderen Worten: In Österreich wird man zwar nicht arm, aber auch nicht mehr reich.

Für immer mehr Menschen wird es schwer, wenn sie nicht von den Eltern Geld und Beziehungskapital mitbekommen, durch eigene Leistung den gesellschaftlichen Aufstieg zu schaffen.

Woran machen Sie diese These fest?

Man merkt, dass sich jüngere Leute zurücknehmen. Nach dem Motto: Wenn es ohnehin nicht möglich ist, warum strenge ich mich dann noch an? Dann geht es in Richtung mehr Work-Life-Balance. Wir brauchen aber eine Gesellschaft, in der sich Leistung lohnt.

Manche müssen sich nicht anstrengen, weil sie erben.

Das ist heute aber eine überschaubare Menge. Aber es werden in den nächsten 20 Jahren mehr, wenn die Babyboomer nicht nur beruflich abtreten, sondern aus dem Leben ausscheiden. Dann wird es mehr Menschen geben, die zwar nicht über ein Riesenvermögen verfügen, aber über zwei Eigentumswohnungen in guter Lage.

Das kann genügen, um eine Gesellschaft zu spalten.

Deshalb stelle ich mir eine Gesellschaft vor, in der junge Menschen immer noch die Überzeugung ha-

ben, dass sie mit guter Ausbildung und Ehrgeiz ihren Lebensstandard steigern können.

Beim Begriff „Work-Life-Balance“ sind Sie zusammengezuckt.

Ja, weil ich schon allein das Wort als Fehlkonstruktion erachte. Man tut so, als wäre die Arbeit etwas anderes als das Leben. Die Arbeit ist aber ein wichtiger Bestandteil eines sinnerfüllten Lebens. Das hat schon der bekannte Psychiater Viktor Frankl betont.

ZUR PERSON

Werner H. Hoffmann ist Vorstand des Instituts für Strategisches Management an der Wirtschaftsuniversität Wien. Zudem ist er Partner der Contrast EY Management Consulting und sitzt in mehreren Aufsichtsräten. Am 20. Juni findet an der Wirtschaftsuniversität Wien das Wiener Strategieforum statt (www.strategieforum.at), bei dem auch Werner Hoffmann auftreten wird. „Die Presse“ ist Medienpartner dieser Veranstaltung.

Aber es kann ja nicht jeder Mensch so wie Sie einen erfüllenden Beruf haben. Es müssen auch Arbeiten erledigt werden, die keiner machen möchte.

Davon gibt es aber immer weniger. Natürlich gibt es nach wie vor solche Arbeiten, der überwiegende Teil der Bevölkerung steht allerdings nicht mehr in der Kinetik und schaufelt.

Aber im Altersheim und pflegt oder im Hotel und putzt.

Natürlich sehe ich, dass es in diesen Berufen einen Verbesserungsbedarf gibt. Aber gerade diese Berufe können auch sehr befriedigend sein. Viel befriedigender als etwa blöd in den Bildschirm zu schauen. Man bekommt von einem Menschen etwas zurück, dem man einen Dienst erwiesen hat. Wir brauchen allerdings eine Haltung in unserer Gesellschaft, dass diese Dienstleistungen einen hohen Wert haben.

Und wenn der hohe Wert in bessere Bezahlung mündet, dann erübrigt sich wohl auch die Debatte über Vermögens- und Erbschaftsteuer.

Sie meinen, weil das Erbe für die Pflege draufgeht. Ich finde, beim Thema Steuer sollte man strikt Mittelaufbringung und Mittelverwendung trennen. Das Argument, man brauche eine Vermögens- oder Erbschaftsteuer, um etwa die Pflege zu finanzieren, halte ich für nicht zielführend. Man muss die Pflege finanzieren und vor allem effizient organisieren. Die Mittel dafür muss der Staat stellen. Und auf der anderen Seite muss man sich überlegen, wie viel Steuermittel man insgesamt braucht und wie man sie aufbringt. Und dann kann man etwa die Arbeit weniger und den Vermögenszuwachs stärker besteuern.

Bessere Strukturen schaffen statt über neue Steuern diskutieren also.

Wir haben in Österreich nicht das Problem, dass zu wenig Steuern eingehoben werden. Wir sollten vielmehr darüber diskutieren, wofür wir diese Steuern einsetzen. Etwa für mehr Wettbewerbsfähigkeit, die auch ein zentrales Thema beim Strategieforum nächsten Dienstag an der WU Wien sein wird. Wir müssen mehr Geld in die Zukunft unserer Kinder investieren. In Bildung, in Forschung und in Informations- und Kommunikationstechnologien.

Staatsanwalt: Ex-Audi-Chef verursachte 69 Mio. Schaden

Dieselskandal. Die mitangeklagten Untergebenen von Stadler hätten einen Milliarden Schaden verschuldet.

München. Im milliardenschweren VW-Dieselskandal ist der frühere Audi-Chef Rupert Stadler nach Ansicht der Staatsanwaltschaft für einen Schaden von 69 Mio. Euro verantwortlich. Das entspreche dem durch Abgasmanipulationen entstandenen Schaden an 26.546 Fahrzeugen, sagte Staatsanwalt Nico Petzka gestern in seinem Plädoyer vor dem Landgericht München.

Die beiden mitangeklagten früheren Untergebenen von Stadler hingegen hätten einen Milliarden Schaden verursacht. Das habe die Beweisaufnahme in dem seit zweieinhalb Jahren andauernden Prozess ergeben.

Der Prozess ist eines der prominentesten Gerichtsverfahren im 2015 aufgeflügten Skandal um millionenfache Abgasmanipulationen im VW-Konzern.

Stadler stand bis 2018 an der Spitze der VW-Tochter Audi. Seit 2020 steht er mit dem Ex-Audi-Motorenchef und Porsche-Entwicklungsvorstand Wolfgang Hatz und einem Ingenieur vor Gericht.

Hatz und der Ingenieur hätten durch Manipulationen an 94.924 Fahrzeugen einen Schaden von 2,2 Milliarden Euro verursacht, sagte Petzka. Nach früheren Angaben des Gerichts ist der von Hatz und dem Ingenieur verursachte Schaden auch deshalb höher als bei Stadler, da es dabei überwiegend um Autos geht, die in den USA verkauft wurden. Aufgrund der dortigen Rechtslage galten die manipulierten Autos im US-Markt als Totalverlust, in Deutschland konnten Software-Updates vorgenommen werden.

Am 27. Juni will das Gericht das Urteil fällen. (APA/Reuters)

Europas neuer Rohstofflieferant Nr. 1

Energie. Die EU bleibt auch nach dem Ende von Öl und Gas abhängig: Der Kontinent wird seinen Wasserstoffbedarf vor allem mit Importen aus Nordafrika decken.

VON MATTHIAS AUER

Wien. Die jüngste Gaspreiskrise hat Europas Industrie auf dem falschen Fuß erwischt: Zu abhängig waren die Fabriken von fossilen Rohstoffen aus Moskau – und sind es zum Teil noch immer. Unternehmen und Transporteure, die nach (klimafreundlichen) Alternativen suchen, haben oft wenig Auswahl: Grüner Wasserstoff und grünes Ammoniak haben die besten Karten, die Fossilien auch in den Bereichen der Wirtschaft ablösen zu können, wo es bisher keinen CO₂-freien Ersatz für Öl und Gas gibt.

Noch werden jedoch keine nennenswerten Mengen an grünem Wasserstoff produziert, der Großteil der heute verwendeten Mengen wird aus Erdgas hergestellt. Es gibt weder genug Ökostromkraftwerke, um den sauberen Wasserstoff mittels Elektrolyse herstellen zu können, noch genug Lei-

tungen, um den Rohstoff auch zu den Verbrauchern zu bringen.

Glaubt man den Beratern von Deloitte, wird sich das in den nächsten Jahren ändern. Bis 2050 wird der globale Wasserstoffmarkt demnach 600 Millionen Tonnen und 1,4 Billionen US-Dollar (1,3 Billionen Euro) schwer sein. 85 Prozent davon werden tatsächlich „grüner“ Wasserstoff sein und helfen, 85 Gigatonnen CO₂ zu sparen.

41 Millionen Tonnen Importe

Seine Abhängigkeit von ausländischen Rohstofflieferanten wird Europa damit nicht los. Der Kontinent dürfte – vor Japan, Korea und Indien – der mit Abstand größte Wasserstoffimporteur der Welt werden. 43 Prozent des erwarteten Wasserstoffbedarfs – oder jährlich 41 Millionen Tonnen – werde Europa aus dem Ausland zukaufen müssen, so die Studie. Wo die Lieferanten von morgen sitzen, verrät

ein Blick auf die jüngsten Reiserouten der EU-Regierungsspitzen. Sie sind in Ägypten, Marokko, Tunesien unterwegs, um „Energiepartnerschaften“ zu schließen, spricht sich künftige Wasserstofflieferungen zu sichern. In Summe dürfte Nordafrika der mit Abstand größte Lieferant Europas werden, während Nordamerika, Australien und der Nahe Osten den asiatischen Markt versorgen werden.

Noch ist all das Zukunftsmusik: Grüner Wasserstoff ist noch zu teuer, um am Markt zu reüssieren, Verteilungskonflikte mit den künftigen Lieferanten sind ungelöst und auch die Transportfrage ist ungeklärt. 375 Milliarden Dollar müssten jedes Jahr in den Aufbau der Wasserstoffversorgungskette – vom Solarpark bis zur Leitung – investiert werden, so Deloitte. Zum Vergleich: Die Öl- und Gasförderung ließ sich die Welt im Vorjahr 417 Milliarden Dollar kosten.